



100 Prozent Lohn im Kindergarten!

Voller Einsatz für die Kleinsten soll fair entlohnt werden



Hanspeter Hugentobler
EVP-Kantonalpräsident
und Kantonsrat
Pfäffikon

Die EVP engagiert sich seit Jahren für die unfair behandelten Kindergartenlehrpersonen, die für ihre Arbeit nur zu 88 % entlohnt werden. Nun hat der Kantonsrat den EVP-Vorstoss zur Behebung dieses Missstandes an den Regierungsrat überwiesen.

Stellen Sie sich vor, Sie haben einen Job, der Sie bis an die Grenzen Ihrer Belastbarkeit fordert. Sie leisten weit mehr als 100 % Einsatz, Ihr Chef rechnet Ihnen jedoch nicht die volle Arbeitszeit an und zahlt Ihnen nur 88 % Lohn. Genau so ergeht es den Kindergartenlehrpersonen im Kanton Zürich seit Jahren.

Selbstverständlich wehrt sich der Kanton gegen den Vorwurf, er behandle seine Kindergartenlehrpersonen unfair. Er tut das mit «kleinlichen» Arbeitszeitberechnungen, bei denen die Auffang-Zeiten und die begleiteten Pausen nicht als Arbeitszeit angerechnet werden. Dabei weiss jeder, der einmal einen Kindergarten besucht hat, wie intensiv für die Lehrperson gerade die Auffangzeiten sind, in denen die Kinder im Kindergarten eintreffen, sich umziehen und bis zum offiziellen Kindergarten-Start betreut werden müssen. Auch die begleitete Pause im Laufe des Kindergartenmorgens gehört zu den strengsten Zeiten im Kindergarten tag. Hier gilt es, 21 oder mehr Kinder beim Spielen draussen zu beaufsichtigen und zu betreuen. Da würde es wohl keiner Kindergartenlehrper-

son im Traum einfallen, die Kinder aus den Augen zu lassen und hinter dem Haus eine Pause einzulegen ...

Dazu kommt, dass die in den Kindergarten eintretenden Kinder immer jünger werden und manche noch Hilfe brauchen, und dass immer mehr Kinder «mit besonderen Bedürfnissen» zu integrieren sind. In den ersten Wochen des Schuljahres ist die Situation in manchen Kindergärten trotz des vorbildlichen Einsatzes der Kindergartenlehrpersonen teilweise prekär.

Die EVP engagiert sich daher konsequent für eine Verbesserung der Situation im Kindergar-

ten: Für den Einsatz von Schüllassistenten im Kindergarten, für kleinere Kindergartenklassen und wie im vorliegenden Vorstoss für faire Anstellungsbedingungen. Bei diesem EVP-Vorstoss, den ich zusammen mit Vertreterinnen von SP und Grünen eingereicht habe, haben wir nun einen wichtigen Etappensieg errungen: Der Kantonsrat hat unsere Motion mit 89 Ja gegen 76 Nein überwiesen und verpflichtet damit den Regierungsrat, eine Lösung zu finden, dass auch Kindergartenlehrpersonen zu 100 % angestellt und entlohnt werden. Damit sind wir einen grossen Schritt weiter in der Stärkung unserer Kindergartenstufe, die entscheidende Grundlagen für einen erfolgreichen Bildungsweg unserer Kinder legt.

EDITORIAL



Markus Schaaf
EVP-Kantonsrat,
Fraktionspräsident
und Vizepräsident
der Kantonalpartei
Zell-Rämismühle

Liebe Leserin, lieber Leser

Seit den Kantonsratswahlen im April 2019 haben sich SP, Grüne, GLP, EVP und AL zu einer «Klimaallianz» zusammengeschlossen. Neben Umwelthanliegen wollen wir auch andern gemeinsamen Anliegen im Kantonsrat eine Stimmenmehrheit verschaffen. Für die EVP-Fraktion war von Anfang an klar, dass wir nicht nur Stimmenlieferantin für Umwelthanliegen sein werden. Dank dem gemeinsamen Vorgehen haben wir eine ganze Reihe von EVP-Geschäften erfolgreich an den Regierungsrat überweisen können: bessere Anstellungsbedingungen für Kindergärtnerinnen, Erstanlaufstelle bei Notfällen als Grundauftrag der Ortsfeuerwehren, ein Verkaufsverbot von Elektro-Zigaretten an Jugendliche unter 18 Jahren oder die Berücksichtigung von Elektro-Ladestationen bei der Planung von Neubauten – das sind nur einige Erfolge, die in den vergangenen Monaten im Kantonsrat erzielt werden konnten.

Markus Schaaf



Schluss mit E-Zigaretten für Jugendliche

Kantonsrat überweist EVP-Motion für besseren Jugendschutz



Beat Monhart
EVP-Kantonsrat
Gossau

Klar mit 111 Ja (EVP, Grüne, GLP, SP, FDP) zu 37 Nein (SVP, EDU) bei diversen Enthaltungen (CVP) wurde die von mir 2018 mit EVP-Kollegen eingereichte Motion «Jugendschutz bei E-Zigaretten und Co» erfolgreich überwiesen.

Der gesetzliche Jugendschutz fehlt heute bei E-Zigaretten und Co., und es ist durchaus möglich, dass es noch viele Jahre so bleibt, bis der Bundesgesetzgeber seinerseits sein Tabakproduktegesetz in Kraft setzen kann. Wenn parallel dazu auf kantonaler Ebene in der Zwischenzeit nichts Verbindliches geschieht, gehen wertvolle Jahre ohne Jugendschutz verloren. Deshalb sagte sich die EVP: Das eine tun und das andere nicht lassen – und der Kantonsrat ist ihr gefolgt!

Der Regierungsrat hat nun zwei Jahre Zeit, dem Rat eine Gesetzesrevision vorzulegen, um E-Zigaretten sowie alle nikotinhaltigen Produkte den gleichen rechtlichen Vorgaben zu unterstellen wie Zigaretten. Nebst den Verkaufsbeschränkungen betrifft dies auch den Passivraucherschutz und die Werbung.

«In 24 Kantonen darf man sogar Kindergärtlern E-Zigaretten verkaufen.»

Die EVP-Forderung hat auch in anderen Kantonen Unterstützung gefunden und wurde zum Teil bereits umgesetzt. Im Aargau, in den beiden Basel, in Bern und im Wallis wurde das Anliegen ebenfalls von den kantonalen Parlamenten überwiesen. Dass es nicht zwingend zwei Jahre dauern muss, bis eine kantonale Lösung beschlossen werden kann, hat die Gesundheitsdirektion Basel-Landschaft gezeigt. Dort wurde Ende Februar 2019 die Motion überwiesen und das angepasste Gesetz Ende Oktober im Rat abgesehnet.



© Dreamstime

E-Zigaretten entwickeln nicht nur Dampf, sie enthalten auch Schadstoffe.

Die NZZ am Sonntag veröffentlichte am 31. Mai 2020 einen äusserst beachtenswerten Artikel mit der Überschrift «Tabakmultis schnappen sich unsere Kinder, die Politik schaut zu» und fügte bei «Immer mehr Staaten verbieten bunte und aromatisierte Zigaretten oder E-Zigaretten. Anders die Schweiz. In 24 Kantonen darf man sogar Kindergärtlern E-Zigaretten verkaufen.»

VORSTÖSSE IM NATIONAL- UND KANTONS RAT

Pornografie-Konsum von Minderjährigen

Nationalrat Nik Gugger verlangt mit einer Motion einen Schutz von Minderjährigen vor Pornografie im Internet. Der Bundesrat soll dazu die nötigen gesetzlichen Anpassungen vorlegen. Die Verbreitung von Pornografie an unter 16-Jährige ist zwar verboten, doch werde dies nicht umgesetzt. Der Vorstoss wurde im Nationalrat von links bis rechts unterstützt. (20.3374)

Durch Corona-Krise belastete Kinder

Nationalrat Nik Gugger wollte vom Bundesrat wissen, welche Massnahmen er ergreift,

um den Folgen der Corona-Krise bei Jugendlichen zu begegnen. Die Krise und die damit verbundene Isolation belasten gefährdete Kinder und Jugendliche besonders, zumal diese Belastung (Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit, Rezession) wahrscheinlich noch andauern wird. (20.5354)

Förderung erneuerbarer Energieversorgung in Gemeinden

In einer Parlamentarischen Initiative fordert Markus Schaaf zusammen mit der «Klima-Kooperation» (AL, CVP, EVP, GLP, Grüne, SP) Inst-

umente zur Förderung erneuerbarer lokaler Energie. (198/2020)

Diskriminierung von Kulturschaffenden mit religiösem Hintergrund

Hanspeter Hugentobler will vom Regierungsrat wissen, weshalb Kulturschaffende, deren Veranstaltungen in kirchlichen Räumen infolge Corona ausfallen, von der Corona-Unterstützung ausgenommen sind.

Details: parlament.ch und kantonsrat.zh.ch

ANZEIGE

Wahrhafte Qualität.

daniel sommer holzwerkstatt
8911 Rifferswil · sommerholz.ch

Kienast
Immobilien Verwaltung

Walter Kienast
Marktgasse 66
8400 Winterthur
Tel. 052 202 15 21
kienast-sport@bluewin.ch

Baugenossenschaft Josefstrasse 32

Josefstrasse 32, 8005 Zürich
Tel. 044 271 43 02, Fax 044 271 43 03, sekretariat@bgj32.ch

BGJ³²

JA zur Änderung des Zusatzleistungsgesetzes

Ausgleich höchst unterschiedlicher Soziallasten der Gemeinden



Walter Meier
EVP-Kantonsrat
Uster

Die Sozialkosten sind für die Gemeinden ein Problem. Ihnen soll geholfen werden, indem der Kantonsanteil bei den Zusatzleistungen (Ergänzungsleistungen, Beihilfe) von 50% auf 70% erhöht wird. Die Gemeinden werden so um ca. 140 Mio. pro Jahr entlastet. Die EVP sagt JA!

Die Sozialkosten (Zusatzleistungen zur AHV, Sozialhilfe, Heimplatzierungen, Pflegefinan-

zierung usw.) haben in den letzten Jahren die Gemeindebudgets zunehmend stark belastet. Für einige Gemeinden sind diese Kosten ein grosses Problem. Der Kantonsrat hat ihre schwierige Situation erkannt und schlägt als Minimal-Kompromiss vor, den Kantonsanteil bei den Zusatzleistungen von 50% auf 70% zu erhöhen. Das würde die Gemeinden um 120 bis 150 Mio. pro Jahr entlasten. Für den Kanton ist die Mehrbelastung tragbar.

«Das Herz der EVP schlägt für die gebeutelten Gemeinden.»

Wer das Existenzminimum mit der AHV-Rente nicht erreicht, erhält Ergänzungsleistungen

(EL), allenfalls Beihilfen. Die Höhe dieser Zusatzleistungen wird vom Kanton festgelegt, die Auszahlung erfolgt durch die Wohngemeinde. Die Gemeinden können diese Kosten nicht steuern. Es liegt deshalb nahe, die Gemeinden hier zu entlasten.

Schwer verständlich ist der Widerstand der SVP und EDU gegen diese Vorlage. Sie haben dagegen das Referendum ergriffen. Statt die Gemeinden zu entlasten, möchten sie lieber den kantonalen Steuerfuss senken. Das Herz der EVP schlägt jedoch für die gebeutelten Gemeinden. Sie hat deshalb einstimmig die JA-Parole beschlossen.

JA zur Änderung des Strassengesetzes

Auch Gemeindestrassen sollen von den Benützern mitfinanziert werden



Daniel Sommer
EVP-Kantonsrat
Affoltern a. A.

Den Bau und den Unterhalt ihrer 5400 km langen Strassen bezahlen die Gemeinden selber. Diese Kosten tragen nicht die Benützer, sie werden mit den Gemeindesteuern von der Bevölkerung bezahlt. Neu sollen die Gemeinden dafür 20% der Einlagen in den kantonalen Strassenfonds erhalten.

450 Mio. Franken einnehmen, davon 350 Mio. ausgeben und 100 Mio. ins Sparsäuli – so funktioniert der kantonale Strassenfonds. Mittlerweile liegen in diesem Fonds schon über 1,3 Milliarden. Dieses Geld ist zweckgebunden. Es stammt aus den kantonalen Verkehrsabgaben, dem Anteil an der Mineralölsteuer des Bundes

und der Schwerverkehrsabgabe (LSVA). Finanziert werden damit nur Kantonsstrassen.

«Der Unterhalt des Gemeindestrassennetzes kostet jährlich gegen 500 Mio. Damit haben insbesondere Landgemeinden grosse Mühe.»

Neu soll auch der Unterhalt der Gemeindestrassen mit rund 90 Mio. jährlich aus dem Strassenfonds mitfinanziert werden. Die Aufteilung erfolgt nach der Länge des Gemeindestrassennetzes. Dessen Unterhalt kostet jährlich gegen 500 Mio. Damit haben insbesondere Landgemeinden grosse Mühe. Der entsprechende Sonderlastenausgleich im Finanzausgleich hilft nur wenigen.

Trotz der Neuregelung kann der Kanton seine Strassen weiterhin problemlos unterhalten. Wichtige Projekte wie die Umfahrungen Nee-



Je ländlicher eine Gemeinde, desto teurer sind ihre Strassen.

racherried oder Grüningen sind ohne Einschränkungen finanzierbar, da dem Strassenfonds nur die Abschreibung dieser Investitionen belastet wird.

Die EVP unterstützt diese sinnvolle Vorlage. Die Delegiertenversammlung hat die JA-Parole einstimmig beschlossen.

ANZEIGE

Weiningerstasse 48
8103 Unterengstringen
Tel 043 455 20 20
info@beutterkuechen.ch

beutterküchenag
myKüche.ch

Jetzt buchen: Neues Ferienhotel
Engelhorn im CVJM Zentrum Hasliberg.

www.cvjm-zentrum.ch | info@cvjm-zentrum.ch

vcfj HOTELS

NEIN zur Begrenzungsinitiative

Die Kündigung der Bilateralen ist für die Schweiz gefährlich



Marianne Streiff-Feller
Präsidentin der EVP Schweiz
Urtenen-Schönbühl BE

Die Initiative will, dass die Schweiz die Zuwanderung künftig «eigenständig» regelt. Das Personenfreizügigkeitsabkommen (FZA) erlaubt Menschen aus der EU in die Schweiz einzuwandern, wenn sie eine Arbeitsstelle oder genügend finanzielle Mittel haben. Dieses Privileg gilt im Gegenzug auch für Schweizer und Schweizerinnen im EU-Raum. Die SVP will es abschaffen.

Damit würden die Bilateralen Verträge aufs Spiel gesetzt, was für unsere Wirtschaft fatale Folgen hätte. Auch unser Bildungs- und Forschungsstandort würde geschwächt und der Fachkräftemangel bedenklich zunehmen. Es gibt in einigen Branchen eine sehr hohe Nachfrage nach Arbeitskräften, die nicht bedarfsgerecht aus inländischen Arbeitnehmenden gedeckt wird. Genau in diesem Fall ist die Personenfreizügigkeit sinnvoll. Die Wirtschaft und zum Beispiel auch das Gesundheitswesen sind darauf angewiesen. Unsere Volkswirtschaft ist unauflösbar mit dem europäischen Arbeitsmarkt verbunden, und das soll auch so bleiben. Um Schweizer Qualität, Innovation, Verlässlichkeit und



Als kleines Land im Herzen von Europa ist die Schweiz auf offene Grenzen angewiesen.

Wertschöpfung zu gewährleisten, muss der Zugang zu Fachkräften aus dem grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt garantiert bleiben.

«Um Schweizer Qualität, Innovation, Verlässlichkeit und Wertschöpfung zu gewährleisten, muss der Zugang zu Fachkräften aus dem grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt garantiert bleiben.»

Eine Annahme der Begrenzungsinitiative hätte verheerende Auswirkungen. Die Initiative nimmt den Unternehmen Planungssicherheit weg und gefährdet damit deren Entwicklung. Eine Annahme verbaut der Schweiz die Möglichkeit, am europäischen Binnenmarkt teilzunehmen und diesen mitzugestalten. Ich bin mit Bundesrätin Karin Keller-Sutter einig, dass dies einem «Schweizer-Brexit» gleichkäme.

Zusammen mit den fast einstimmig ablehnenden Delegierten der EVP Schweiz bitte ich um ein klares NEIN zur Kündigungsinitiative.

NEIN zur Revision des Jagdgesetzes

Übermäßige Regulierung schadet der Natur



Nik Gugger
EVP-Nationalrat
Winterthur

Das missratene Jagdgesetz erhöht den Druck auf wildlebende Tierarten. Geschützte Tiere könnten abgeschossen werden, ohne dass sie je einen Schaden angerichtet haben. Der Parteivorstand der EVP empfiehlt deshalb einstimmig ein NEIN.

Auslöser der Gesetzesrevision war der Umgang mit dem Wolf. Doch das jetzt vorliegende Gesetz geht weit darüber hinaus. Es würde den Artenschutz massiv schwächen. Die Höckerschwäne auf unseren Seen sowie die Biber könnten in grösserem Stil abgeschossen werden. Und das Parlament könnte den Bundesrat am Volk vorbei verpflichten, auch Luchs, Graureiher und andere geschützte Arten zur Bestandsregulierung freizugeben.

Das neue Jagdgesetz ist zugleich eine verpasste Chance, noch jagdbare, aber gefährdete Arten endlich zu schützen. Ich habe, unterstützt von Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga, im Nationalrat den überfälligen Schutz von Birkhahn und Schneehuhn beantragt. Doch die Mehrheit lehnte dies ebenso ab wie den Schutz des bedrohten Feldhasen und der gefährdeten Waldschnepfe.

«Das neue Jagdgesetz ist zugleich eine verpasste Chance, noch jagdbare, aber gefährdete Arten endlich zu schützen.»

Neben den Naturschutzorganisationen und der EVP sagt eine breite Front Nein zum neuen Gesetz. Denn Luchs und Wolf sichern als Teil des Ökosystems wirksam artenreiche und stabile Schutzwälder. Die Tiere übermässig zu regulieren, schadet der Biodiversität.



Das neue Jagdgesetz würde nicht nur die Wölfe, sondern auch andere geschützte Tierarten vermehrt zum Abschuss freigeben.

JA zur Beschaffung neuer Kampfflugzeuge

Luftverteidigung auch in Zukunft sichern



Lilian Studer
EVP-Nationalrätin
Wettingen AG

Eine attraktive, eine starke sowie eine wirkungsvolle Armee, dies ist mein Anliegen. Eine wirkungsvolle und starke Armee haben wir u. a. aber nur, wenn wir für die verschiedenen Bedrohungen, die möglicherweise auf uns zukommen könnten, gewappnet sind.

Auch für solche Bedrohungen, die uns heute weniger wahrscheinlich erscheinen oder die wir noch nicht kennen. Corona hat uns dies u. a. gelehrt. Dazu braucht es aus Sicht von mir und der EVP Kampfflugzeuge, also den Schutz und die Verteidigungsmöglichkeit des Luftraums, genauso aber auch Mittel und Fähigkeiten im Cyber- oder Sanitätsbereich.

Die Luftverteidigung ist aber für die Zukunft nicht mehr gesichert. Warum? Die vorhandenen Kampfflugzeuge, aber auch die bodengestützte Luftverteidigung, stehen vor dem Ende ihrer

Nutzungsdauer. Wenn diese nicht rechtzeitig ersetzt werden, wird die Schweiz ab 2030 ihren Luftraum und damit auch die Bevölkerung nicht mehr schützen und auch nicht mehr verteidigen können. Wollen wir somit eine Luftwaffe oder nicht? Über diese Tragweite wird im Grundsatz am 27. September 2020 abgestimmt.

**«Wenn die alten Kampf-
flugzeuge nicht rechtzeitig
ersetzt werden, wird die Schweiz
ab 2030 ihren Luftraum und
damit auch die Bevölkerung
nicht mehr schützen und auch
nicht mehr verteidigen können.»**

Für was werden Kampfflugzeuge überhaupt eingesetzt:

1. In der normalen Lage für den Luftpoleizdienst und die Durchsetzung von Beschränkungen der Nutzung des Luftraums (z. B. am WEF)
2. In Zeiten erhöhter Spannung, um die unbefugte Benutzung und Verletzungen des Schweizer Luftraums zu verhindern
3. In bewaffneten Konflikten. Wobei diese Anwendung hoffentlich nie zum Tragen kommen wird.

Die EVP hat an ihrer Delegiertenversammlung der Vorlage und somit den sechs Milliarden, die laut Bundesbeschluss zur Debatte stehen und aus dem ordentlichen Armeebudget bezahlt werden, mit 45 Ja zu 17 Nein deutlich zugestimmt und somit die JA-Parole ausgegeben.



© PSW Hansjörg Stutz

Die Schweiz braucht neue Kampfflugzeuge, um ihren Luftraum selber zu überwachen und zu verteidigen.

2 x JA zum Vaterschaftsurlaub und zum Betreuungsabzug

Zwei wenig umstrittene Familienvorlagen



Nik Gugger
EVP-Nationalrat
Winterthur

Im Schatten des Abstimmungskampfes um die Begrenzungsinitiative und die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge stehen zwei familienpolitische Vorlagen. Die EVP unterstützt sowohl die Erhöhung der Kinderabzüge bei der direkten Bundessteuer als auch den zweiwöchigen Vaterschaftsurlaub. Beide Vorlagen stärken die Familien.

Unter dem sperrigen Titel «Steuerliche Berücksichtigung der Kinderdrittbetreuungskosten» verbirgt sich eine namhafte Erhöhung der Kinderabzüge bei der direkten Bundessteuer. Nachgewiesene Drittbetreuungskosten für Kinder, die zum Beispiel Krippen oder Spielgruppen besuchen, sollen von 10 100 auf 25 000 Franken erhöht werden. Dies erleichtert die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und zieht voraus-

sichtlich nur Steuerausfälle im Umfang von ca. 10 Mio. Franken nach sich. Wesentlich höhere Ausfälle von ca. 350 Mio. Franken verursacht die Erhöhung des allgemeinen Kinderabzugs von 6 500 auf 10 000 Franken. Diese Ausfälle haben das Referendum ausgelöst. Der allgemeine Kinderabzug kommt indessen wesentlich breiteren mittelständischen Schichten zugute. Der Parteivorstand der EVP Schweiz beschloss die JA-Parole mit nur einer Gegenstimme.

**«Der allgemeine Kinderabzug
kommt wesentlich breiteren
mittelständischen Schichten
zugute.»**

Den Titel «Vaterschaftsurlaub» sucht man auf dem Stimmzettel vergebens. Eine zweiwöchige bezahlte Auszeit für Väter innerhalb von sechs Monaten nach der Geburt eines Kindes, die auch tageweise bezogen werden kann, soll durch eine Änderung des Erwerbssatzgesetzes ermöglicht werden. Die Volksinitiative, die vier Wochen verlangt hatte, wurde zugunsten

dieser Lösung zurückgezogen. Dennoch ergriffen Gewerbekreise das Referendum dagegen. Die EVP hat für diese Opposition kein Verständnis. Die Delegiertenversammlung beschloss die Ja-Parole ohne Gegenstimme



© Dreamstime

Das Wohl der Familien ist der EVP sehr wichtig.

Keine Digitalisierung um jeden Preis

Klassenunterricht ist und bleibt wichtig



Im Corona-Fernunterricht haben die Kinder die sozialen Kontakte in der Klasse sehr vermisst.



Hanspeter Amstutz
pens. Sekundarlehrer
Fehraltorf

Die gemischten Erfahrungen mit dem digitalen Fernunterricht in der Coronazeit haben die Bedeutung des gemeinsamen Klassenunterrichts deutlich in Erinnerung gerufen. Dessen Bilanz, übers Ganze gesehen, ist effizienter und schafft eine soziale Geborgenheit, die über digitale Verbindungen nicht zu erreichen ist.

Gegen eine Grundausstattung der Schulen mit moderner Präsentationstechnik und dem Einsatz altersgemässer Lernsoftware ist nichts einzuwenden. Digitale Hilfsmittel können zur Vertiefung grundsätzlich verstandener Kompetenzen viel beitragen und mit qualitativ überzeugendem Bild- und Tonmaterial den Präsenzunterricht bereichern. Ein stures Nein hiesse, die Chancen moderner digitaler Möglichkeiten zu verkennen und didaktische Pioniere vor den Kopf zu stossen. Die meis-

ten Lernprogramme sind jedoch weit davon entfernt, den Schülern anspruchsvolles Neuland so zu erschliessen, dass dieses auch von Schwächeren selbstständig betreten werden kann. Zuerst einmal müsste beim digitalen Angebot die Spreu vom Weizen geschieden werden.

Eine radikale Umstellung der Schule auf einen hohen Anteil an digitalem Unterricht wäre hingegen unverantwortlich. Neuerungen müssen von der Lehrerschaft mitgetragen werden und einen pädagogischen Mehrwert bringen, wenn sie gelingen sollen. Ganz heikel sind Eingriffe in die Methodenfreiheit, die bei einer dominanten Digitalisierung mit vorgegebenen Programmen einschneidend wären. Der Gestaltungsspielraum für die Lehrpersonen würde unattraktiv klein. Oberstes Ziel bleibt eine gute Schulqualität. Wer eine starke Schule will, muss alles daransetzen, dass die Lehrerinnen und Lehrer der Vorbereitung eines lebendigen Präsenzunterrichts erste Priorität einräumen können. Hauptsache ist ein attraktiver Unterricht, der inhaltlich überzeugt.

Konkret könnte dies heissen, dass im Bereich Natur und Technik Lehrerteams Zeit erhalten, Versuchsreihen gemeinsam bereitzustellen. Solche Vorbereitungsarbeiten wirken sich direkt auf die Qualität der Lektionen aus und schaffen eine echte Aufbruchstimmung. Erfreuliche Resultate stellen sich ebenso ein, wenn sich Lehrpersonen auf mindestens eine Lektion pro Schulmorgen gründlich vorbereiten. Ist es nicht ermutigend, wenn Kinder in der Erwartung zur Schule gehen, dass ihnen die Lehrerin jeden Tag etwas Besonderes bietet? Solche Topstunden strahlen auf den ganzen Unterricht aus und lassen das sonst eher routinierte Lernen besser in Kauf nehmen. Viele Jugendliche bestätigen später, dass manche spannende Geschichts- oder Geografiestunde genau diese anregende Wirkung gehabt und sich in ihrer Erinnerung eingepägt hat.

«Eine radikale Umstellung der Schule auf einen hohen Anteil an digitalem Unterricht wäre unverantwortlich.»

Digitalisiertes Lernen verspricht mehr selbstständiges Lernen. Aber es ist weit entfernt von einem Lernverhalten, welches erst im gemeinsamen Entdecken grosser Zusammenhänge entwickelt wird. Digitales Lernen stösst bei tieferen Bildungsprozessen an Grenzen und kann gute Lehrerinnen und Lehrer in keiner Weise ersetzen. Ob Lehrpersonen primär als Coachs bei Computerprogrammen mitwirken oder gestaltend als aktive Personen eine Klassengemeinschaft lenken, ist die entscheidende Frage.

ZUR PERSON

Hanspeter Amstutz ist ehemaliger EVP-Kantons- und Bildungsrat. Gegenwärtig wirkt er als Kursleiter für Geschichtsdidaktik.

ANZEIGE

NEIN zur radikalen Kündigungsinitiative

Keine verantwortungslosen Experimente: Die Initiative gefährdet die stabile Beziehung zur wichtigsten Handelspartnerin.

kündigung-nein-zh.ch



Niklaus-Samuel Gugger
Nationalrat,
Vizepräsident EVP
Schweiz



Barbara Günthard Fitze
Kantonsrätin,
Co-Präsidentin EVP
Winterthur



Hanspeter Hugentobler
Kantonsrat,
Präsident EVP
Kanton Zürich



Mark Wisskirchen
Stadtrat Kloten,
Kantonsrat EVP
















Quartierstrom hat Zukunft

EVP Illnau-Effretikon fördert hausgemachten Solarstrom



Dieser Solarstrom könnte auch andern Nutzern zur Verfügung gestellt werden – dafür fehlt aber noch die gesetzliche Grundlage.



David Zimmermann
EVP-Gemeinderat
Illnau-Effretikon

Das Konzept ist denkbar einfach: Lokal produzierter Strom soll vorwiegend vor Ort verbraucht werden, ohne dass er über Hunderte von Kilometern transportiert werden muss. Die EVP Illnau-Effretikon initiiert ein für den Kanton Zürich völlig neues Konzept für den lokalen Stromhandel.

Der aktuelle Bestand an Photovoltaik soll in der Stadt Illnau-Effretikon bis 2030 vervierfacht werden. Private werden aufgerufen, in Zukunft mehr Ökostrom zu produzieren. Gut so. Aber wo liegt der Anreiz für diese Investition, wenn bei Überproduktion kein Ertrag herauschaut?

Bei einem Quartierstrom-Pilotprojekt in Walenstadt SG haben 28 Teilnehmende eine eigene Solaranlage, 9 sind reine Konsumierende. ETH Ing. Christian Dürr, führender Kopf hinter diesem Projekt, zieht Bilanz (Zitat aus dem Publikationsorgan des HEV Region Winterthur):

«Durch die natürliche Vernetzung verschiedener Wohneinheiten mit Pensionierten, Famili-

en, Arbeitstätigen und Gewerbetreibenden mit unterschiedlichen Lebens- und Arbeitsrhythmen und damit zeitlich divergierenden Stromverbräuchen liess sich der Eigenbedarf verdoppeln. Familien und Pensionierte beispielsweise sind auch tagsüber zu Hause, kochen am Mittag, während Arbeitstätige vor allem abends und morgens Strom beziehen. Bringt man verschiedene Verbrauchsprofile zusammen, kann doppelt so viel lokal produzierte Energie auch lokal verbraucht werden.»

«Aus der Region für die Region soll auch für den Ökostrom gelten.»

«Aus der Region für die Region» soll auch für den Ökostrom gelten. Wird in einem lokalen Markt viel Strom vor Ort produziert und verbraucht, sollten für die Bezüger deutlich tiefere Netzkosten anfallen. Von lokal gehandeltem Solarstrom profitieren so auch die Produzentinnen und Produzenten, da deren Vergütung innerhalb der Gemeinschaft höher ausfällt als die Einspeisevergütung des Stromversorgers. Diese Idee lässt sich jedoch leider erst flächendeckend umsetzen, wenn das Energiegesetz so angepasst wird, dass der Stromhandel durch Private möglich wird. Die EVP setzt sich dafür ein.

IN KÜRZE

Reformierte Kirche

Auf Ende Jahr tritt **Daniel Reuter** aus dem Kirchenrat zurück. Er gehörte ihm 13 Jahre an und war seit 5 Jahren dessen Vizepräsident. Im September soll er als Sekretär des neuen Kirchgemeindepardaments der Stadt Zürich gewählt werden. Daniel Reuter ist zudem Vizepräsident des Rats der Evangelisch-reformierten Kirche Schweiz (Exekutive).

Stabübergabe in Andelfingen

Nach 25 Jahren umsichtiger Parteilarbeit hat **Margrit Wälti** (Henggart) das Präsidium der EVP Bezirk Andelfingen interimistisch an **Maja Müller** (Dätwil) und **Judith Rügsegger** (Andelfingen) übergeben. Sie bleibt weiterhin im Redaktionsteam des EVPinfo für die EVP tätig. Von 1986 bis 1993 war sie für die EVP im Grossen Gemeinderat Winterthur, den sie 1990/91 präsidierte.

Stabübergabe in Uster

Nach zehn Jahren engagierter Parteilarbeit hat **Philipp Widmer** das Präsidium der EVP Uster an Gemeinderätin **Mary Rauber-Haller** und **Stefanie Müller**, Delegierte des Zweckverbandes Spital Uster, übergeben.

Stabübergabe in Kloten

Nach neun Jahren tritt **Heiri Brändli** aus dem Gemeinderat Kloten zurück. Das Parlament hat er zuletzt 2019/2020 präsidiert und war somit höchster Klotener. Kompetent und mit dem nötigen Quäntchen Humor hat er dieses stilsicher geführt. Er war Mitglied der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission (RPK) sowie zuletzt in der GR-Kommission Revision Gemeindeordnung.

BEHÖRDENMITGLIED



Franziska Wisskirchen

Mitglied der Sozialbehörde Kloten von 2010 bis 2020. Seit August 2020 neu im Gemeinderat Kloten (Parlament).

Ich bin EVP-Behördenmitglied, weil ...

- ... ich mich für das gesellschaftliche Zusammenleben einsetzen möchte;
- ... das Suchen nach Lösungen mit Anderdenkenden mein Leben bereichert;
- ... die EVP-Politik meiner christlich sozialen Wertehaltung entspricht.

4 autofreie Sonntage für Winterthur

Autofreie Sonntage für das Klima und die Wiederentdeckung der Langsamkeit



Lilian Banholzer
Co-Präsidentin
EVP Winterthur

Der Gemeinderat hat eine Motion der EVP für vier autofreie Sonntage auf den kommunalen Strassen der Stadt Winterthur überwiesen.

Wer schon etwas älter ist, mag sich sicher an die autofreien Sonntage im Jahr 1973 erinnern. Wahrscheinlich sind es sogar sehr positive Erinnerungen, die geblieben sind. Seit dem Jahr 2000 stossen die Slow-Ups als autofreie Erlebnistage ebenfalls auf grosse Begeisterung. Nun soll etwas Ähnliches in Winterthur möglich werden. An vier Sonntagen im Jahr möchte die EVP das kommunale Strassennetz vom motorisierten Individualverkehr befreien. Viele Bewohner von Winterthur haben im Lockdown neu die Vielfalt der grünen Stadt

entdeckt. Die Winterthurer sind in und um die Stadt herum verweilt und haben die nächste Umgebung mit dem Velo und zu Fuss entdeckt. Auch die Luftqualität hat sich in dieser



Leere Strassen an vier Sonntagen im Jahr wären ein Durchatmen für die Umwelt.

Zeit deutlich verbessert. Vielen ist diese Zeit trotz allem Belastenden auch in sehr schöner Erinnerung. Die Klimadiskussion ist zwar wegen Corona in den Hintergrund geraten, aber nicht verschwunden.

«Die Klimadiskussion ist zwar wegen Corona in den Hintergrund geraten, aber nicht verschwunden.»

Vier Sonntage im Jahr umweltfreundlich unterwegs sein, das sind wichtige Signale und Übungsmöglichkeiten für eine neue Genügsamkeit. Die EVP hat in Winterthur einen Impuls gegeben für Entschleunigung, Suffizienz und gute Luft – zum Durchatmen für die Umwelt und die Winterthurer Bevölkerung. Schön, dass der Gemeinderat mitmacht: Die Motion wurde mit einer deutlichen Mehrheit an den Stadtrat überwiesen.

Stadtzürcher Freibäder gratis?

Für die EVP hat gute Ordnung Priorität



Jörg Altorfer
Zürich

Im Juni 2020 beschloss der Zürcher Gemeinderat, dass der Eintritt in alle von der Stadt betriebenen Freibäder für alle Badegäste unentgeltlich sein soll. Das ist der wichtigste Bestandteil eines Gegenvorschlags zur PdA-Initiative «Sportstadt Züri». Die EVP stimmte dagegen. Zusammen mit anderen Vergünstigungen entgehen der Stadt pro Jahr 15 Mio. Franken.

Es soll niemand aus finanziellen Gründen vom Sport abgehalten werden. Aber müssen darum alle Eintritte zu Bädern und Sportplätzen gratis sein? Der Stadtrat und die bürgerliche Minderheit sowie die EVP sagen Nein, denn laut einer Umfrage unter Sportmuffeln sind die Finanzen nur für 1 % der befragten Personen der Grund, warum sie keinen Sport treiben. In den meisten Quartieren kann zudem heute schon gratis gebadet werden, nämlich in der Limmat am Oberen und Unteren Letten und auf der Werdinsel, im Katzenssee, im Schanzengraben und am zu 90 % öffentlichen Zürichseeufer zwischen Seebädern und Hafenanlagen.



Für die EVP geht die Stadt mit Gratis-Bädern zu weit.

«In den meisten Quartieren kann heute schon gratis gebadet werden.»

Nun machen aber viele am Abend und am Wochenende Party am See, zum Beispiel am Zürichhorn. Die beiden benachbarten Seebäder kosten Eintritt, bieten dafür aber Ruhe, Abgeschlossenheit, Garderoben und gesicherte Badebereiche mit Bademeister. Dieser Service ist etwas wert. Die Gäste zahlen 65 %, den Rest die Stadt. Wäre der Eintritt gratis, käme auch Partyvolk ins Bad und es bräuchte strengere Regeln und Zutrittsbeschränkungen, um den heutigen Komfort zu erhalten.

STATEMENT



Nik Gugger

EVP-Nationalrat, Winterthur

«Im Gesetz ist die Verbreitung von Pornografie an unter 16-Jährige verboten, doch wird dies schlicht nicht umgesetzt»,

zitiert der «SonntagsBlick» den EVP-Nationalrat Nik Gugger.

«Mit meinem Vorstoss soll der gesetzliche Jugendschutz vor Online-Pornografie endlich greifen.»

Tanja Polli «Ein Leben für die Kinder Tibets»

Die unglaubliche Geschichte der Tendol Gyalzur



Urs Bangerter
Horgen

Am 17. Mai 2020 schrieb mir der Verlag Woerterseh: «Wir haben die schmerzliche Pflicht, Ihnen mitzuteilen, dass Tendol Gyalzur, die wunderbare Protagonistin unseres Buches «Ein Leben für die Kinder Tibets», Anfang Mai an Covid-19 gestorben ist.»

Tanja Polli wusste nicht, wann sie geboren wurde. Nicht in welchem Jahr und gar nicht, an welchem Tag. Mit etwa elf Jahren flüchtete sie aus Tibet. Auf der Flucht verlor sie die ganze Familie und wurde als Waisenmädchen vom Dalai Lama nach Deutschland in ein Pestalozzidorf geschickt. Ihre Reise ging weiter in die Schweiz, wo sie mit ihrem Mann in Rapperswil eine Familie gründete. Später kehrte sie nach Tibet zurück und eröffnete dort ihr erstes Waisenhaus.

«Tanja Polli erzählt von «Everest-hohen» Schwierigkeiten, die Tendol Gyalzur im Tibet überwinden musste, um ihre Waisenhäuser zu bauen und zu führen, und vom Unverständnis, das sie dort traf.»

Tanja Polli schildert ihre «unglaubliche Geschichte». Sie erzählt von «Everest-hohen» Schwierigkeiten, die Tendol Gyalzur im Tibet überwinden musste, um ihre Waisenhäuser zu bauen und zu führen, und vom Unverständnis, das sie dort traf. Aber nicht nur dort: Ihre beiden Söhne hatten Mühe, dass ihre Mutter im Tibet lebte und ar-

men Kindern half. Heute unterstützen beide das Hilfsprojekt: Der ältere mit einer Bierbrauerei vor Ort, in der ehemalige Heimkinder arbeiten, der jüngere von Rapperswil aus.

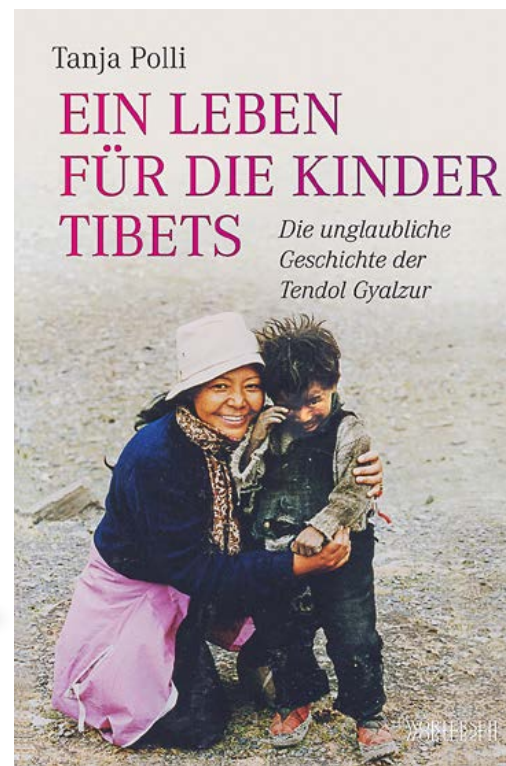
In der Todesanzeige schrieb die Familie: «Ich stehe unter einem guten Stern, sagte Tendol gerne. Für uns, die wir zurückgeblieben sind, bleibt der Trost, dass unsere geliebte Verstorbene nun selber als guter Stern über uns wacht. Wir versuchen, nicht zu weinen, sondern zu lächeln, weil sie unser Leben mit ihrem grossen Herzen bereichert hat.» Auch wer das Buch liest, wird von dieser Geschichte bereichert und zugleich ermutigt, sich im eigenen Leben (und in der Politik!) zu engagieren.

ZUR PERSON

Urs Bangerter
Horgen, 1942

- ab 1971 Zentralsekretär Jugendarbeit der EMK
- 1978 bis 1986 für die EVP Grosser Gemeinderat Kloten, (1984 als Präsident)
- 1987 bis 1998 Leitung Hotel Bethanien Davos
- 1998 bis 2007 Leitung Alters- und Pflegeheim Haus Tabea Horgen
- 2002 bis 2006 Schulpflege Horgen

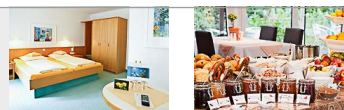
Lesen war schon immer das Hobby Nummer eins von Urs Bangerter. Er führte im Hotel und im Altersheim je eine Kleinstbuchhandlung und zeitweise den Betrieb des Kleinverlages 3B (Bücher Bringen Botschaft). Seit der Pensionierung schreibt er für verschiedene Medien Buchrezensionen.



Ein lesenswertes Buch über einen selbstlosen Einsatz in Tibet

Das Buch «Ein Leben für die Kinder Tibets» kann unter dem Codewort ev2020kt zum Spezialpreis von 29.90 statt 36.90 Franken bestellt werden: woerterseh.ch, per Mail: leserangebot@woerterseh.ch oder telefonisch: 044 368 33 68.

EVP-Wettbewerb



Gewinnen Sie einen Gutschein für das Angebot «Sonne, Mond und Sterne» gesponsert vom Hotel Alla Fonte in Bad Krozingen. Dies beinhaltet: 4 Übernachtungen im Doppelzimmer, Vital-Frühstücksbuffet, Fahrrad-Miete, einen Eintritt in den Badepalast Vita Classica oder in das Sportbad Aquarado.

Lesen Sie das EVPinfo aufmerksam durch und beantworten Sie nachstehende Fragen:

Frage 1: Lehrkräfte im Kindergarten erhalten nur 88% Lohn. Auf wieviele % soll ihr Lohn erhöht werden? (Seite 1 und 12)

Frage 2: Welcher EVP-Kantonsrat hat mit seiner Motion das Parlament überzeugt, dass E-Zigaretten nicht mehr an Jugendliche unter 18 Jahren verkauft werden dürfen? (Seite 2)

Absender (Name, Vorname, Adresse, Mail):

Das EVPinfo ist super. Senden Sie es in Zukunft an:

ALLA fonte
hotel & tagungshaus

Gewinner Ausgabe Nr. 159:
20 Gewinne siehe evpzh.ch/
publikationen/evp-info.html

Einsendeschluss:
bis 30. September 2020

Senden an:
EVPinfo,
c/o EVP Kanton Zürich,
Josefstr. 32, 8005 Zürich,
sekretariat@evpzh.ch

Unterstützen Sie die Kampagne



27. September
JA zur Beschaffung neuer Kampfflugzeuge

Jetzt für Kampagne spenden:
Verein für eine sichere Schweiz | Rubrik Kampagne Air 2030 | 6000 Luzern
CH33 0900 0000 1546 2725 2 | 15-462725-2

www.sicherheit-ja.ch

am 27. September



JA

zu einer gerechten Strassenfinanzierung

Kantonale Abstimmung zum Strassengesetz

gerechte-strassenfinanzierung.ch

artischock.net

Sie wollen im Alter selbstbestimmt und unabhängig leben – in Ihrer eigenen Mietwohnung!

 ZENTRUM
**RÄMIS
MÜHLE**

**Vermietung von 23 Wohnungen mit 2½ und 3½ Zimmer (68 – 100 m²)
Bezugsbereit ab sofort oder nach Vereinbarung**

Sie bringen Ihre eigenen Möbel mit und richten Ihre Wohnung nach Ihren Bedürfnissen ein. Sie entscheiden, ob wir Ihre Wäsche waschen oder Ihre Wohnung reinigen. Und wenn Sie einmal nicht selber kochen wollen, geniessen Sie Ihre Mahlzeiten in unserem neuen Bistro. Das ist «Wohnen mit Service»!

Ausstattung

- Niedrigenergiehaus
- Barrierefrei mit Balkon und Kellerabteil
- Waschturm, Geschirrwashmaschine
- Gemeinschaftsräume
- Anschluss für Elektrofahrzeug

Service-Angebote

- Verpflegung
- Wohnungsreinigung
- Wäsche-Service



Fordern Sie unsere detaillierten Unterlagen an:

ZENTRUM RÄMISMÜHLE | Christine Bangerter | Mühlestrasse 8 | 8487 Rämismühle
052 396 44 99 | christine.bangerter@raemismuehle.ch | www.zentrum-raemismuehle.ch



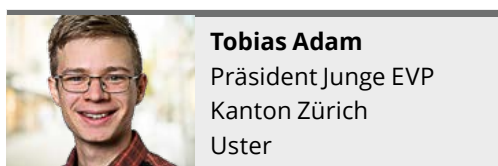
LEBEN IM ZENTRUM

Junge EVP für Bildungsgerechtigkeit

Nachhilfe-Gutscheine für Kinder aus einkommensschwachen Familien



Bildungsgutscheine sollen Lockdown-Lücken schliessen.



Tobias Adam
Präsident Junge EVP
Kanton Zürich
Uster

Durch den Ausfall des Schulunterrichts und mit dem Homeschooling wegen Covid19 sind bei schwächeren Schulkindern grosse Lücken entstanden. Die Junge EVP (JEVP) Zürich fordert deshalb Bildungsgutscheine für einkommensschwache Familien.

Im Lockdown sind bei vielen schwächeren Schülerinnen und Schülern grosse Lücken im Schulstoff entstanden. Die Lehrpersonen müssen

deshalb zusätzlich zum normalen Unterricht alle Schulkinder auf denselben Stand bringen. Die JEVP hat darum noch während dem Lockdown eine Petition gestartet.

Die Petition fordert den Regierungsrat auf, Nachhilfegutscheine für Familien mit geringem Einkommen als Ergänzung zum Angebot der öffentlichen Schulen auszustellen. Zudem wird die Aufhebung des Maximalkontingents der Klassenassistenten gefordert. Diese können individuell schwächere Schulkinder während dem Unterricht fördern. Die EVP-Fraktion unterstützt das Anliegen und hat im Kantonsrat eine entsprechende Anfrage an den Regierungsrat gerichtet.

Sind Frauenstreiks immer noch zeitgemäss?

Gelebte Solidarität ist nach wie vor gefragt



Barbara Günthard Fitze
EVP-Kantonsrätin
Winterthur

Elisabeth Joris (1946) ist Historikerin und Geschlechterforscherin. Sie wurde soeben mit dem Ehrendokortitel der Universität Zürich ausgezeichnet. Sie befürwortet weiterhin solche Kundgebungen.

In einem Tagesgespräch im SRF 1 erklärte sie, warum Streiks noch notwendig sind. Das Bild der idealen Frau in der Schweiz war früher die tüchtige Hausfrau, die Stauffacherin, die im Haus für Ordnung sorgte. Viele Berufe, die

Frauen ausüben, sind aus eben dieser Entwicklung heraus unsichtbar. Sie sind gleichzeitig systemrelevant: Kindergärtnerinnen, Pflegefachkräfte, Lehrerinnen, Kitabetreuerinnen, usw. Lohnforderungen müssen verstärkt gestellt werden, um diese Arbeiten aufzuwerten. Dass z. B. die Finanzbranche schon lange viel höher gewichtet wird, ist nicht gottgegeben.

Elisabeth Joris äusserte sich dahin, dass die Bilder der grossen Frauendemonstrationen von 1991 und 2019 in Erinnerung bleiben müssen. Es brauche immer noch sehr viel Lobbying, sonst gehe es nicht vorwärts. Die Meinung, dass nur ein paar Feministinnen Druck machen, könne nicht mehr aufrechterhalten werden. Der Widerstand einer halben Million Menschen im Jahr 2019 sei Ausdruck der Kraft der Frauen.



Mit Frauenstreiks Druck machen

ZUR PERSON

Die Uni Zürich hat **Elisabeth Joris** für ihr Lebenswerk und ihre Verdienste als Vorkämpferin der Frauen- und Geschlechtergeschichte im deutschen Sprachraum die Ehrendoktorwürde verliehen.

ANZEIGE

ALLA-FONTE
hotel & tagungshaus

EINE PERLE AN DER QUELLE
Südliches Ambiente im schönen Markgräflerland
Herzliche Gastlichkeit und persönlicher Service
Unzählige erlebnisreiche regionale Attraktionen
Thermalbad Vita Classica nur 300m entfernt
Wir freuen uns auf Sie!

Alla-Fonte
D-79189 Bad Krozingen
Tel. + 49 (0)7633 / 80691-0
rezeption@alla-fonte.de
www.alla-fonte.de

psw.
DESIGN | WEB | SIGN

**Ihre Kandidatin ...
... für Ihre Werbung**

Tel. 044 864 40 40 | mail@psw.ch | www.psw.ch

AGENDA

Aufgrund der andauernden Massnahmen zur Eindämmung des Corona-Virus sowie der unsicheren Entwicklung, können geplante Anlässe möglicherweise nicht oder nur mit Auflagen durchgeführt werden. Wir bitten Sie daher, sich auf unserer Homepage über die Durchführung der Anlässe zu informieren. Im Zweifelsfall können Sie im Sekretariat (Tel. 044 271 43 02) nachfragen.

Justiz und Recht: Stammtisch

7. September, 18.30 bis 21 Uhr

Zürich, Bahnhofstrasse 28a

Restaurant Zeughauskeller

Anmeldung: widmer.gloria@bluewin.ch

Tanzen für den Frieden

12. September, 14 bis 17 Uhr

Wetzikon, Kreuzackerstrasse 1

Saal der Alterssiedlung Kempton

Anmeldung: cossalter@bluewin.ch/Tel. 044

930 55 24 (Anmeldefrist: 8. September)

Kosten: CHF 20, inkl. Zvieri

EVP Kurs «Typo3 für Sektions-Webmaster»

14. September, 18.15 bis 20.45 Uhr

Bern, Nägelligasse 9

Generalsekretariat EVP Schweiz

Anmeldung: david.blatter@evppev.ch

Delegiertenversammlung in Basel

EVP Schweiz

19. September, 10 bis 13 Uhr

evppev.ch/aktuell/termine/

Abstimmungen

27. September

Delegiertenversammlung EVP ZH

30. September, 19.15 Uhr

Zürich, Sihlstrasse 33

Glockenhof, Mehrzweckhalle

Anmeldung: sekretariat@evpzh.ch

Stammtisch *jevz ZH

20. Oktober, 19 Uhr

Information: Tel. 079 787 56 05

Anmeldung: renato.pfeffer@evpzh.ch

Weitere Informationen:

evpzh.ch/aktuelles/termine-evp-zh.html

CARTOON



© Christoph Heuer

Kindergartenlehrpersonen sind längst keine «Gfätterlitanten» mehr. Vielmehr leisten sie weit mehr als 100 % Einsatz. Die EVP verlangt für sie deshalb auch 100 % Lohn (Artikel Seite 1). Die Abspeisung mit nur 88 % missachtet ihre Leistung.

JETZT MITGLIED WERDEN!

Unsere evangelische Grundhaltung vertreten wir im politischen Alltag und lassen diese in Gesetze einfließen. Nehmen Sie jetzt mit uns Kontakt auf!

☎ 044 271 43 02 ✉ sekretariat@evpzh.ch 🌐 evpzh.ch

PAROLEN

Abstimmung vom 27. September 2020

KANTON

JA Zusatzleistungsgesetz

JA Strassengesetz

Details: evpzh.ch (Abstimmungen)

BUND

Nein VI «Für eine massvolle Zuwanderung» (Begrenzungsinitiative)

Nein Jagdgesetz

JA Steuerliche Berücksichtigung der Kinderdrittbetreuungskosten

JA Änderung Erwerbersatzgesetz (Vaterschaftsurlaub)

JA Beschaffung neuer Kampfflugzeuge

Details: evppev.ch (Abstimmungen)

Impressum

Redaktion: Mark Wisskirchen (mawi), Kloten. **Redaktionsteam:** Jörg Altorfer (ja), Zürich, Lilian Banholzer (lb), Winterthur, Hanspeter Hugentobler (hph), Pfäffikon, Peter Reinhard (pr), Kloten, Peter Ritschard, (pri), Zürich, Renato Pfeffer (rp), Richterswil, Peter Schättli (ps), Wädenswil, Margrit Wälti (mw), Heggart, David Zimmermann (dz), Illnau, Johannes Zollinger (jz), Wädenswil. **Freie Mitarbeitende:** Tobias Adam, Zürich, Hanspeter Amstutz, Fehraltorf, Urs Bangert, Horgen, Barbara Günthard Fitze, Winterthur, Nik Gugger, Winterthur, Walter Meier, Uster, Beat Monhart, Gossau, Markus Schaaf, Rämismühle-Zell, Marianne Streiff-Feller, Urtenen-Schönbühl, Lilian Studer, Wetzikon, Daniel Sommer, Affoltern am Albis. **Cartoon:** Christoph Heuer, pül cartoons, Zürich. **Herausgeber/Inserate:** EVoPa-Verlag, c/o EVP ZH, Josefstrasse 32, 8005 Zürich, sekretariat@evpzh.ch, Tel. 044 271 43 02, evpzh.ch. **Inserate:** Dominik Schmid, c/o EVP Kanton Zürich, Josefstrasse 32, 8005 Zürich, inserate@evpzh.ch. **Adressverwaltung:** EVP Schweiz, Postfach 2319, 3001 Bern, Tel. 031 351 71 71, info@evppev.ch. **Gestaltung:** PS Werbung AG (psw.ch), Bachenbülach. **Druck/Versand:** DZZ Druckzentrum Zürich AG, Bubenbergstrasse 1, Postfach, 8021 Zürich 1. **Abonnement:** Einzel CHF 29.80, Gruppen CHF 1. Höhere Beiträge werden für zusätzliche Gruppen-Abos verwendet. **Postkonto:** 87-467939-4. **WEMF-beglaubigt:** 36 568 Ex. **Erscheinungsweise:** 4 x jährlich. **Verschiedenes:** Namentlich gezeichnete Artikel, Inserate und Beilagen müssen nicht die Meinung von Redaktion und/oder EVP ZH wiedergeben.

